

02.12.2016
Von Ulrike Sauer

Region Weilburg und Limburg

"Warum stimmen wir dann ab?"

WINDKRAFT Bewohner des Marktfleckens stellen in Merenberg Fragen

Knapp 150 Besucher verfolgen am Donnerstagabend die Vorträge der Fachleute. Einige Bürger nutzen die Gelegenheit, um ihre Fragen zu stellen. (Foto: Sauer)

Bild 1 von 2

MERENBERG Am 18. Dezember haben die Merenberger Bürger die Wahl: für oder gegen Windkraft. Um sie in ihrer Entscheidungsfindung zu unterstützen, hat der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Joachim Wagner, zur Bürgerversammlung eingeladen.

Vorab wies Wagner darauf hin, dass nur Merenberger Bürger ihre Fragen stellen dürfen. Knapp 150 Zuhörer waren gekommen, darunter auch Interessierte aus den angrenzenden Gemeinden.

Er nehme das Thema sehr ernst, weil er dafür war, dass die Bürger am 18. Dezember abstimmen dürfen, sagte Bürgermeister Oliver Jung (SPD). Er wolle auch über die finanziellen Folgen informieren: „Nach einem Nein zu den Windrädern wird die Gemeindevertretung unpopuläre Entschlüsse treffen müssen. Damit soll später niemand zu mir kommen und sagen, er hätte davon nichts gewusst.“ Zudem erwarte er in diesem Fall auch die Forderung der Weilburger Stadtwerke, die die bisher getätigten Leistungen für den interkommunalen Windpark Oberlahn dann bezahlt bekommen wollten: „Die Rechnung über 160 000 Euro wird kommen.“

Denn als die Gemeinde den Schuttschirm des Landes Hessen in Anspruch nahm und so

Schulden erlassen bekam, hatte sie im Gegenzug Einnahmen aus Windkraft eingeplant, um das Haushaltsdefizit auszugleichen. „Auch wenn wir auf einem guten Weg sind und den Abbaupfad bisher einhalten können, benötigen wir die Einnahmen“, sagte Jung. „Warum stimmen die Bürger dann überhaupt noch ab, wenn der Schutzschirm Pflicht ist?“, fragte die Merenbergerin Annemarie Görlich den Bürgermeister. Er habe es im Wahlkampf versprochen und wolle sich an sein Wort halten, sagte Jung. Sollte das Vertreterbegehren negativ beschieden werden, müsse es Steuererhöhungen geben, das müsse er aber so deutlich sagen.

70 000 Euro pro Windrad und Jahr verspricht der Projektierer Carlos Merz den Gemeinden Merenberg und Löhnberg an Pacht. Er habe die ursprüngliche Planung der Stadtwerke Weilburg noch einmal revidiert und statt der neun Windräder jetzt vier geplant. Zudem will sich Merz, falls die Bürger ja zur Windkraft auf dem Roten Kopf sagen, für ein förmliches Verfahren entscheiden. Das bedeutet, bevor das Regierungspräsidium Gießen (RP) eine Entscheidung trifft, darf jeder eine Stellungnahme zu den Plänen abgeben.

„Das ist nicht der Regelfall. Aber es zeigt sich, dass immer mehr Projektierer diesen Weg gehen, um möglichst hohe Transparenz zu erzeugen“, erläuterte Manfred Bender. Das Verfahren nehme insgesamt etwa sieben Monate in Anspruch. Der Mitarbeiter des RP legte dar, dass seine Behörde keinen Ermessensspielraum habe und sich streng an die Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes halten muss. Dabei werden Faktoren wie Schattenschwurf, Lärm, Artenschutz, Eiswurf, Standsicherheit und Denkmalschutz berücksichtigt.

Anlagen sind mittlerweile so weit entwickelt, dass sie sich im Falle eines Brandes selbst löschen

Bedenken der Zuhörer, unter anderem zu den Themen Eiswurf, aber auch Brand, versuchte Merz auszuräumen. „Die Anlagen sind mittlerweile so weit entwickelt, dass sie über eine Rotorblattheizung verfügen, Eis sich also gar nicht bilden kann.“ Sollte ein Windrad in Brand geraten, könne die Feuerwehr nicht in einer Höhe von knapp 230 Metern löschen. Deshalb sei eine Anlage eingebaut, Löschschaum werde dann an der entsprechenden Stelle versprüht.

Finanziell soll sich der Windpark laut Merz nicht nur für die Gemeinde, sondern auch für die Bürger lohnen: Kommandit- und Genossenschaftsanteile sollen möglich sein, Interessierte könnten ihr Geld aber auch in einem Sparbrief anlegen. Auf die Frage aus dem Publikum, was ihn sicher mache, dass der Windpark wirtschaftlich ist, antwortete Merz, dass er konservativ plane und auf eineinhalb Jahre Messungen der Stadtwerke zurückgreifen könne.

In Mengerskirchen sei das Modell der Genossenschaftsbeteiligung gut angenommen worden und lohne sich für diejenigen, die investiert haben, erläuterte Jürgen Radu. Der Leiter der Mengerskirchener Finanzverwaltung sagte, dass die Gemeinde und Mandatsträger den Windpark nur mit der Möglichkeit einer finanziellen Beteiligung der Bürger umsetzen wollten. „Wir haben uns allein für die Genossenschaft entschieden, die ertragsorientiert und risikominimiert ist“, sagte Radu. Da die Genossenschaftsanteile erst neun Monate, nachdem der Windpark ans Netz gegangen war, verteilt wurden, hätten sie den Bürgern auch eine gewisse Sicherheit geben können. Im kommenden Jahr sei dann die erste Gewinnausschüttung möglich. Radu machte aber auch deutlich, dass ein gewisses unternehmerisches Risiko mit der Genossenschaft verbunden sei. „Wenn es schlecht läuft, ist das investierte Geld weg.“ Bisher gebe es aber kein Ausfallrisiko, die Anlagen würden wie prognostiziert laufen.

Neben der Wirtschaftlichkeit interessierte das Publikum auch das Thema Infraschall. Damit jeder wisse, worum es sich dabei handelt, wollte Michael Reifenberger aus Merenberg noch einmal erläutert bekommen, was Infraschall ist und welche Auswirkungen er hat. „Hierbei geht es um verschieden lange Schallwellen, die des Infraschalls sind sehr lang und werden deshalb weniger abgeschwächt“, erläuterte Florian Voigt von der Hessen Agentur. Infraschall liegt wie Ultraschall, den beispielsweise Fledermäuse senden, im kaum beziehungsweise nicht hörbaren Bereich.

„35 Dezibel, die ein Windrad am Ortsrand noch an Lautstärke erzeugt, ist etwa normale Gesprächslautstärke. Aber Sie müssen bedenken, dass das unter Vollast zustande kommt und es bei starkem Wind weitere Geräuschquellen gibt.“ Infraschall unterscheidet sich dann kaum vom Hintergrundrauschen. Und bereits jetzt sei jeder mit Infraschall konfrontiert: Bei Wind, Gewitter oder Pumpen zum Beispiel im Kühlschrank entstehe er. Aktuell würden keine Daten und Erkenntnisse vorliegen, dass von Infraschall, durch Windkraftanlagen erzeugt, eine Gesundheitsgefährdung ausgehe. Die Hessen Agentur rät Wissenschaftlern aber, unter anderem die Forschung zu künstlichen Quellen von Infraschall zu verstärken.

Wer sich weitergehend über Windkraft informieren wollte, hatte vor der Versammlung Gelegenheit, mit den Referenten während einer Infobörse ins Gespräch zu kommen. Sowohl die Bürgerinitiative „Windwahn Oberlahn“ als auch der Projektierer Carlos Merz, der BUND Hessen und die Hessen Agentur stellten Informationsmaterial zur Verfügung.

Das Podium:

Vorträge über ihre Fachgebiete hielten:

Carlos Merz, Projektierer und geschäftsführender Gesellschafter der Öko-Aktiv Beteiligungs GmbH in Weyer: Er präsentierte seine Pläne für die drei Windräder auf Merenberger und das eine auf Löhnberger Gemarkung.

Jürgen Radu, Vorstandsmitglied der Energiegenossenschaft Mengerskirchen und Leiter der Finanzverwaltung der Gemeinde: Radu erläuterte das Vorgehen von der Gründung bis zum Einstieg der Genossenschaft in die GmbH. Trotz nicht immer gleichmäßig wehendem Wind erhalten die Genossenschaftsmitglieder eine Gewinnausschüttung.

Manfred Bender, Regierungspräsidium Gießen: Er erklärte den Zuhörern, nach welchen Kriterien die Behörde einem beantragten Windpark zustimmt oder ihn ablehnt. Er machte deutlich, dass etliche Kriterien eine Rolle spielen und weitere Behörden, auch vor Ort, einbezogen werden.

Martin Krauß, BUND Hessen, Sprecher des Arbeitskreises Energie: Der Bund für Umwelt und Naturschutz spricht sich für Artenvielfalt aus, aber auch deutlich für Windräder. Wer gegen Windkraft sei, solle unter anderem eine Photovoltaikanlage auf sein Dach bauen lassen, Fahrrad und nur ein sparsames Auto fahren, den Heizbedarf verringern und lediglich LED-Lampen verwenden.

Florian Voigt, Hessen Agentur, Bürgerforum Energieland Hessen: Die Hessen Agentur gehört zum Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung und hat sich dem Faktencheck verschrieben. Themen wie Infraschall und Wirtschaftlichkeit werden mit Zahlen sowie weiteren Daten unterfüttert und dargestellt.

Oliver Jung (SPD), Bürgermeister der Gemeinde Merenberg: Er sprach sich noch einmal für Windkraft und den Bürgerentscheid aus und erläuterte mögliche finanzielle Konsequenzen, die auf die Gemeinde und letztendlich die Bürger zukommen können.